

Leipziger Volkszeitung

Organ für die Interessen des gesamten werktätigen Volkes.

Abonnementspreis im Monat einschließlich Bringerlohn 1.15 Mk., bei Selbstabholung 1.05 Mk.; mit der illustrierten Wochenbeilage Neue Welt einschließlich Bringerlohn 1.25 Mk., bei Selbstabholung 1.15 Mk. — Durch die Post bezogen vierteljährlich 3.45 Mk., für 1 Monat 1.15 Mk. (Vorstelgeld vierteljährlich 42 Pfg., monatlich 14 Pfg.).

Redaktion:
Leipzig, Tauchaer Straße 10/21.
Telegraphisch-Adresse: Volkszeitung Leipzig.
Fernsprecher: 18000.

Inserate kosten die 7gespaltene Zeile oder deren Raum 30 Pfg., bei Plagvorschritt 35 Pfg. Schwieriger Satz nach höherem Tarif. — Der Preis für das Bellegen von Prospekten ist bei der Gesamtanfrage 4.— Mk. jedes Tausend, bei Teilanfrage 6.— Mk. — Schluss der Annahme von Inseraten für die fällige Nummer früh 9 Uhr.

Erscheint täglich nachmittags mit Ausnahme der Sonn- und Feiertage. — Verlag in Leipzig, Tauchaer Straße 10/21, Fernsprecher: 4596 • Inseraten-Abteilung Fernsprecher: 2721.

Schwere Kämpfe in Flandern.

Das Friedensprogramm der russischen Demokratie.

Die vor kurzem telegraphisch gemeldeten Richtlinien des Zentral-Exekutivkomitees der russischen Arbeiter- und Soldatenräte für seinen Delegierten zur Pariser Entente-Konferenz, auf die die Nord-Deutsche Allg. Ztg. am 23. Oktober ihre bekannte Antwort veröffentlichte, liegen jetzt in den beiden eingegangenen Petersburger Arbeiterblättern im Wortlaut vor. Da sie bei der telegraphischen Wiedergabe stark gekürzt und entstellt mitgeteilt worden sind, bringen wir nachstehend den genauen Text dieses wichtigen Dokuments:

„Das Zentral-Exekutivkomitee hat nachstehende Richtlinien angenommen, an denen sein Delegierter bei seiner Mission festhalten muß.“

Der neue Vertrag muß über die Frage der Kriegsziele entscheiden. Der Vertrag muß aufgebaut sein auf dem Grundsatz: „Friede ohne Annexionen und Entschädigungen auf der Grundlage des Selbstbestimmungsrechts der Völker.“

Territoriale Fragen: 1. Eine unbedingte Voraussetzung des Friedens ist die Räumung der besetzten Gebiete Rußlands durch die deutschen Truppen. Rußland gewährt Polen, Litauen und Lettland das Recht der vollen Selbstbestimmung. 2. Türkisch-Armenien erhält volle Autonomie und nachher das Recht der Selbstbestimmung, nachdem dort lokale Behörden eingesetzt und internationale Garantien geschaffen sind. 3. Die eifass-Lothringische Frage muß auf Grund einer Abstimmung der Bevölkerung Eifass-Lothringens unter der Voraussetzung der vollen Freiheit der Abstimmung gelöst werden. Die Abstimmung muß nach Räumung der Provinz durch die Truppen beider Koalitionen von den örtlichen Selbstverwaltungskörpern organisiert werden. 4. Belgien muß in seinen früheren Grenzen wiederhergestellt werden. Die Schäden müssen aus einem internationalen Fonds ersetzt werden. 5. Serbien und Montenegro müssen wiederhergestellt und aus einem internationalen Hilfsfonds unterstützt werden. Serbien muß einen Zugang zum Adriatischen Meer erhalten. Bosnien und die Herzegovina erhalten Autonomie. 6. Die kritischen Gebiete auf dem Balkan erhalten vorläufig Autonomie bis zu einer Volksabstimmung. 7. Rumänien wird in seinen früheren Grenzen wiederhergestellt mit der Verpflichtung, die Dobrudscha, die vorläufig Autonomie erhält, volle Selbstbestimmung zu gewähren. (Dieser Punkt ist in der telegraphischen Meldung falsch wiedergegeben). Rumänien verpflichtet sich, den Artikel des Berliner Vertrags über die rumänischen Juden unverzüglich zu verwirklichen und die letzteren als gleichberechtigte rumänische Bürger anzuerkennen. 8. In den italienischen Provinzen Oesterreichs wird Autonomie eingeführt bis zu einer Volksabstimmung über die Frage der staatlichen Zugehörigkeit. 9. Die deutschen Kolonien werden an Deutschland zurückgegeben. 10. Griechenland und Persien werden wiederhergestellt.

Freiheit der Meere: Es werden alle Meerengen, die in innere Meere führen, wie auch der Suez- und Panamakanal neutralisiert. Die Handelschiffahrt ist frei. Das Recht der Kaperung wird abgeschafft und die Torpedierung von Handelsschiffen verboten.

Entschädigungen: Alle Kriegsführenden verzichten auf die Forderung der Wiedererstattung jeglicher Kosten in offener oder verhüllter Form (Unterhalt der Gefangenen). Alle während des Krieges erworbenen Kontributionen werden zurückerstattet.

Wirtschaftliche Bedingungen: Die Handelsverträge bilden keinen Bestandteil der Friedensbedingungen. Jedes Land ist in seiner Handelspolitik autonom; im Friedensvertrag darf ihm keine Verpflichtung aufgegeben werden, einen bestimmten Vertrag zu schließen oder nicht zu schließen. Indessen müssen sich sämtliche Staaten im Friedensvertrage verpflichten, keine Handelskolonne nach dem Kriege zu führen, d. h. keine separaten Zollbindnisse zu schließen und allen Staaten ohne Unterschied das Recht der Meistbegünstigung zu gewähren.

Friedensgarantien: Der Friede wird auf einem Friedenskongress durch Bevollmächtigte geschlossen, die von den Volksvertretungskörpern gewählt worden sind.

Die Friedensbedingungen werden von den Parlamenten bestätigt. Die Geheimdiplomatie wird abgeschafft; alle verpflichten sich, keine geheimen Verträge einzugehen. Solche Verträge werden als dem Völkerrecht zuwiderlaufend und daher null und nichtig erklärt. Nichtig sind auch alle Verträge, bis sie von den betreffenden Parlamenten bestätigt werden. Allmähliche Abrüstung zu Lande und zu Wasser und Uebergang zum Milizsystem. Die von Wilson vorgeschlagene „Liga des Friedens“ kann eine wertvolle Errungenschaft des Völkerrechts nur unter der Bedingung sein, daß 1. sämtliche Staaten mit gleichen Rechten an ihr teilnehmen und 2. die äußere Politik wie oben dargelegt demokratisiert wird.

Wege zum Frieden: Wie konkret auch die Kriegsziele formuliert sein mögen, so muß im Vertrag (der Entente-Staaten) ausgedrückt und veröffentlicht werden, daß die Alliierten zu Friedensunterhandlungen bereit sind, sobald die Gegenseite sich dazu bereit erklärt unter der Bedingung allseitigen Verzichts auf alle gewaltsamen Angliederungen. Die Alliierten verpflichten sich, keine geheimen Friedensunterhandlungen zu beginnen und den Frieden nicht anders zu schließen, als auf einem Kongress unter Teilnahme aller neutralen Staaten.

Ferner werden dem Delegierten noch folgende Anweisungen erteilt:

Es müssen die Hindernisse zur Einberufung der Stockholm-Sozialistischen Konferenz aus dem Wege geräumt und insbesondere unverzüglich Wege an die Delegierten aller Parteien und Fraktionen ausgegeben werden, die sich bereit erklärt haben, an der Konferenz teilzunehmen.“

Der genaue Text des Friedensprogramms des Zentral-Exekutivkomitees der russischen Arbeiter- und Soldatenräte bekräftigt unsere Auffassung, daß wir es hier mit einer ungewöhnlich bedeutungsvollen Kundgebung zu tun haben, die für die künftigen Friedensunterhandlungen von Bedeutung werden kann. Für die russische Demokratie ist es kennzeichnend, daß sie dieses Programm aufgestellt hat als Grundlage für die von ihr angeregte und allen Widerständen zum Trotz erzwungene Revision der Bündnisverträge der Entente, die demnächst in Paris stattfinden soll. Dieser Schritt hat schon jetzt zahlreiche offene und geheime Widerstände in Rußland und bei seinen Alliierten ausgelöst, und man kann als sicher annehmen, daß die imperialistischen Elemente dieser Staaten nichts unversucht lassen werden, um das Friedensprogramm der Sowjets zu durchlöchern und nach Möglichkeit zu hintertreiben. Andererseits wird in den Mittelmächten schon jetzt recht durchsichtig darauf spekuliert, daß das Friedensprogramm der Sowjets, dessen Nichtannahme die Spannung zwischen der russischen Demokratie und den Verbündeten ungeheuer verschärfen könnte, einen Keil in die Entente hineintreiben würde. So beginnt, in andern Formen, dasselbe Spiel, das im Frühsommer die Friedensinitiative des Petersburger A- und S-Rates zum Gegenstand der diplomatischen Treibereien beider Mächtekoalitionen gemacht und zur Ergebnislosigkeit verurteilt hat. Soll dieses Vorhaben jetzt vereitelt werden, so muß die organisierte Demokratie in allen Ländern weit entschiedener als bisher in Tätigkeit treten. „Die Aufstellung eines gemeinsamen Friedensprogramms ist wichtig“, heißt es im Memorandum der Unabhängigen Sozialdemokratischen Partei Deutschlands für die Stockholm-Konferenz, das vom Genossen Haase am 19. Juli im Reichstag vorgetragen wurde. „Aber dieses Programm ist wesenloser Schall und Rauch, wenn es nicht von einer energischen internationalen Aktion der Volksmassen getragen wird.“ In seinen wesentlichsten Punkten lehnt sich das jetzt vorliegende Friedensprogramm der A- und S-Räte an das Memorandum unserer Partei an. Um so wichtiger wäre es, daß ihm — im Sinne dieses Memorandums — in allen Ländern die Unterstützung zu teil werde, die allein imstande wäre, es zum Mittelpunkt einer großzügigen, erfolgreichen Friedensarbeit zu machen.

Der Widerstand der Ententeregierungen gegen eine Revision der Entente-Kriegsziele im Sinne der Forderungen des A- und S-Rates ist im Wachsen. Im englischen Unterhaus hat Bonar Law die Erklärung abgegeben, daß die Pariser Entente-Konferenz sich ausschließlich mit Fragen der

Kriegsführung beschäftigen, die Kriegsziele dagegen nicht erörtern werde.

Diese Mitteilung steht im Widerspruch zu einer Rede des russischen Ministers des Aeußern im Vorparlament. In dieser Rede führte Terestjchenko aus, daß die Gesichtspunkte der Entente für den Friedensschluß auf der Pariser Konferenz aufgestellt werden würden. Der Widerstand der englischen Regierung gegen die Friedensziele der russischen Demokratie ist offenbar.

Zu diesem Widerstand kommt die Gegnerschaft der russischen Regierung gegen diese Ziele. In seiner Rede im Vorparlament hat Terestjchenko offen ausgesprochen, daß die russische Vertretung auf der Pariser Konferenz eine Einheit darstellen müsse. Damit hat er die Absicht der russischen Regierung enthüllt, eine Vertretung des A- und S-Rates auf dieser Konferenz nur zuzulassen, wenn vorher eine Verständigung über die Kriegsziele zwischen beiden Körperschaften erfolgt. Das ist der Kern seiner Rede im Vorparlament. Wie die russische Regierung eine Koalitionsregierung sei, so müsse auch in den Kriegszielen der Koalitionscharakter hervortreten. Die russische Regierung will also nicht die Friedensbedingungen des A- und S-Rates anerkennen, sondern sie will zu einem Kompromiß über die Friedensziele zwischen den russischen bürgerlichen Parteien und den Sozialisten gelangen.

Von diesem Gesichtspunkt ausgehend, kritisierte er das Programm des A- und S-Rates.

Die Anerkennung des Rechts Litauens und der lettischen Gebiete auf Unabhängigkeit würde Rußland jedes eisfreien Hafens berauben. Das widerspreche den Interessen Rußlands.

Die Zentralisierung der Meerengen und die unvollständige Abrüstung sei auch eine Verletzung der russischen Interessen und bedeute eine Rückkehr zu der Lage der Dinge, die schlimmer sei als der Status quo ante.

Die Richtlinien beschäftigten sich zu wenig mit den Verpflichtungen gegenüber den Zentralmächten, um einen Frieden zu sichern; sie schlugen sogar vor, den Verbündeten einen Teil ihres Gebietes wegzunehmen und dem Feinde zu überlassen.

Es wäre eine große Ungerechtigkeit, Rumänien vom Meere abzuschneiden.

Auf der Ententekonferenz dürfe deshalb nur eine Sprache geführt werden, die den russischen Interessen Genugtuung verschaffe und die Unversehrtheit des russischen Gebietes sowie die Möglichkeit, sich nach Süden und Norden zu entwickeln, gewährleiste. Die vorläufige russische Regierung verleihe jedoch nicht die Grundfäße, die sie verkündet habe.

Diese Rede des Ministers des Aeußern im russischen Koalitionskabinett zeigt die tiefe Kluft, die ihr Friedensprogramm von dem des A- und S-Rates trennt. Was er zur Kritik der Haltung der Regierungen der Mittelmächte sagte, die sich über das Selbstbestimmungsrecht der Völker ausschweigen, über die imperialistischen Strömungen in Deutschland, von denen die eine nach Annexionen im Westen strebt, während die andere, ohne offen Annexionen zu fordern, im Osten eine Reihe politischer Einheiten schaffen wolle, die infolge ihrer wirtschaftlichen Schwäche nach Deutschland gravitieren, Rußland vom Westen abtrennen und in der wirtschaftlichen Entwicklung behindern würden, gibt seiner Rede nicht die Bedeutung, so wichtig dabei sein Urteil in manchen Fällen war. Er mußte zeigen, wie sich die russische Regierung zur Friedensfrage stellt. Seine Antwort auf diese grundlegende Frage ist so ausgefallen, daß sie den Beifall der bürgerlichen russischen Presse und das Mißtrauen der sozialistischen Presse hervorgerufen hat.

Die bürgerliche Njetsch schreibt, der Minister habe wenigstens mehrere wichtige Erklärungen gemacht, nämlich, daß das Heil Rußlands in der Treue zu den Alliierten bestünde und daß Rußland keine Schwächung seines Gebietes zugeben könne und daß ein eisfreier Hafen im Baltischen Meer ihm unbedingt nötig sei. — Nowoje Wremja sagt, die Energie, mit der der Minister darauf bestanden habe, daß Rußland trotz allem eine Großmacht bleibe, lasse die Hoffnung zu, daß das Vaterland in seinen Interessen auf der Pariser Konferenz genügend geschützt würde. Die Börsezeitung meint, zum erstenmal seit acht Monaten habe ein Vertreter des Kabinetts den Versuch gemacht, die Politik der verantwortlichen Regierungskreise von der der unverantwortlichen Demagogen zu trennen.